



BVV SÜDWEST

Journal der CDU-Fraktion Steglitz-Zehlendorf Nr. 21 / 2. Oktober 2019



Bürgermeisterin Richter-Kotowski zum Haushalt: Bezirk bei Zuweisungen benachteiligt

Wenig Geld für Investitionen

Steglitz-Zehlendorf. Trotz weiteren Spardrucks durch den Senat hat Bezirksbürgermeisterin Kerstin Richter-Kotowski (CDU) für die kommenden zwei Jahre einen zukunftsweisenden Haushalt aufgestellt. Insgesamt müßten über alle Bereiche 3,9 Millionen Euro für das Jahr 2020 eingespart werden, für 2021 seien es sogar knapp vier Millionen Euro. Ein „Zentrales Bewertungsbüro“ soll zügige Einstellungen im Bezirksamt vornehmen. Zudem würden sechs Mitarbeiter im Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit rascher darüber informieren, was 2000 Beschäftigte tagtäglich als Dienst am Bürger leisten.

Bereits zum 1. September habe Steglitz-Zehlendorf neue Nachwuchskräfte eingestellt. Dazu zählen nach Angaben der Bürgermeisterin 27 Verwaltungsfachangestellte, sieben Stadtassistenten-anwärter sowie 14 medizinische Fachangestellte. Heute seien 171 Beschäftigte, etwa neun Prozent des gesamten Personals, Nachwuchskräfte. Die Bezirksamtsche-



Bezirksbürgermeisterin Kerstin Richter-Kotowski stellte jetzt den Etat 2020/21 vor. Foto: Uew Steinert

fin beklagte die Benachteiligung Steglitz-Zehlendorfs bei den Zuweisungen „Hilfe zur Erziehung (HzE).“ Die Drohung der Finanzverwaltung, den Bezirken alle nicht verausgabten Personalmittel wegzunehmen, führe dazu, daß die 2018 fehlenden 4,5 Millionen Euro im Bereich der HzE nicht länger durch nicht verausgabte Personalmittel gedeckt werden können.

Die Finanzierung der HzE stelle für den Bezirk ein großes Haushaltsrisiko dar, so die Bürgermeisterin. Die finanzielle Zuweisung erfolge hier nach dem Prinzip „Menge mal Preis“. Hinzugekommen ist ein

Verfahren, mit dem die Zuweisung durch eine Modellmenge ergänzt worden sei. Diese beruhe auf Einwohnerzahlen, welche mit einem „HzE-Belastungsfaktor“ gewichtet würden.

Engerer Finanzrahmen durch gute Sozialstruktur

Bei Bezirken mit einem niedrigen Wert führt dies zu Budgetkürzungen, die den Bezirken mit hohem Wert zugute kommen: „Steglitz-Zehlendorf mit dem niedrigsten Wert wird von den Kürzungen besonders getroffen.“ Dem gleichen Schema folge die Basiskorrektur durch den Senat. Beides führe zu einem immer engeren Finanzrahmen. „Ein Ausweg kann nur sein“, so die Bürgermeisterin, „daß das Jugendamt Maßnahmen zur Dämpfung seiner Fallkosten ergreift und mehr ambulante als stationäre Maßnahmen durchführt.“

Nur wenige Investitionen seien im Haushalt berücksichtigt werden können. Richter-Kotowski bedauert, daß die Mittel für die Grünflächenämter nicht genug seien, um die Pflege der Grünflächen zu garantieren. Auch für die Ausweitung der Parkreinigung durch die BSR sollen den Bezirken bis 2021 drei Millionen Euro abgezogen werden. Im Gegenzug wolle der Senat das bisherige Pilotprojekt durch zusätzliche Mittel in Höhe von etwa 26 Millionen Euro bis 2021 ausweiten. Zwar seien die Leistungen der BSR beachtlich, so die Bezirkschefin, dennoch bedeute die Ausweitung des Projekts für die Bezirke finanzielle Einbußen, wenn die Beteiligung der Bezirke an der Finanzierung, so wie bisher vorgesehen, umgesetzt würde.

Schulden besser eintreiben

Ein zentrales „Forderungsmanagement“ soll künftig die Außenstände des Bezirks rascher eintreiben. Die im Sommer vom Senat angekündigten Kürzungen wurden Richter-Kotowski zufolge nach dem einhelligen Protest der Bezirke zwar rückgängig gemacht, doch wurden sie verpflichtet, neue Stellen zu schaffen – in Steglitz-Zehlendorf rund 21. Nach Richter-Kotowskis Darstellung besteht ein „erhebliches Finanzrisiko“ für den Fall, daß die Mittel für neues Personal nicht ausgegeben werden. In beiden Jahren des Doppelhaushalts seien „pauschale Minderaus-



Druckfrisch: Der Haushaltsplan 2020/2021 für Steglitz-Zehlendorf wurde jetzt offiziell vorgestellt. Foto: M. A. Schmidt

gaben (PMA)“ veranschlagt, und zwar 3.869.000 Euro für 2020 und 3.952.000 Euro für 2021, so die Bürgermeisterin. Die Beträge des Finanzsenators könnten nicht zum Abbau der PMA genutzt werden.

Mehr Raum für Jugendamt und andere Dienststellen

Als attraktiver Arbeitgeber müsse das Bezirksamt den Mitarbeitern angemessene Räume zur Verfügung stellen, so die Bürgermeisterin weiter. Zur Bewältigung von Raumangel hat der Bezirk „die Mehrfachbelegungen in großen Räumen ausgeweitet und Zweckentfremdungen der Büroräume durch Postzimmer oder Archive vermindert.“ Das Jugendamt bezog am 1. April neue Dienstzimmer für 30 Fachkräfte am Teltower Damm 29. Zudem wurden die früheren Schalterräume einer Bank im Rathaus Steglitz durch das Bürgeramt übernommen. Die Hohenzollernstraße 11 in Wannsee wolle der Bezirk künftig dauerhaft (nicht nur für das Wahlamt) als Bürodienstgebäude nutzen. Prüfen will das BA zudem, ob in der Königin-Luise-Straße 94 nach dem Wegzug des Jugendwerkheims ein Bürodienstgebäude eingerichtet werden kann. Die Bürgermeisterin bedauert, daß weitere Dienstgebäuden nicht in gleicher Weise ange-

mietet würden, da das Land Berlin die Bedingungen für neue Mietverträge geändert habe. Zufrieden zeigt sich die CDU-Politikerin indes, daß es gelang, das 90 Jahre alte Rathaus Zehlendorf in die Investitionsplanung des Senats bis 2023 aufzunehmen: „Das ist ein großer Erfolg“, betont Richter-Kotowski, auch wenn während der Bauarbeiten 500 Beschäftigte woanders unterkommen müßten.

Resümierend sagte die Bürgermeisterin, „sind wir als Bezirk beim Wertausgleich der Senatsverwaltung für Finanzen nach wie vor benachteiligt.“ Dabei würden die Strukturunterschiede zwischen den Bezirken ausgeglichen. Für sieben „arme“ Bezirke (u.a. Mitte, Spandau, Neukölln) sind über diese Umverteilung hinaus durch vertikalen Finanzausgleich zusätzliche Mittel von fast sieben Millionen Euro vorgesehen. „Unser Bezirk muß wegen seiner guten Sozialstruktur mit einem sehr niedrigen Zuweisungsvolumen rechnen.“ Dies führe bei diesen Aufgaben automatisch zu einem Abzug: „Einnahmenüberschüsse des Landes kommen nicht in gleicher Weise bei den Bezirken an. Stattdessen zieht es der Senat vor, den Bezirken pauschale und teils sachfremde Kürzungen zu oktroyieren“, so die Bürgermeisterin.

Liebe Leser,



die Politik wird nicht auf Straßen und Plätzen entschieden, sagte Bundeskanzler Helmut Kohl zu Beginn der 80er Jahre. Damals antwortete er den Demonstranten, die verhindern wollten, daß die Nato auf die sowjetischen Mittelstreckenraketen durch eigene Nachrüstung antwortete. Kohls Aussage war klar: Die politischen Entscheidungen für das Land fallen im Deutschen Bundestag durch gewählte Abgeordnete und nicht durch Menschenmassen, die sich mit vollem Recht unter freiem Himmel versammelten, um ihre Meinung kundzutun. Das Recht, politische Entscheidungen zu treffen oder aufzuhalten, hatten sie nicht.

Genau so ist es heute. Das Grundgesetz hat nicht nur die Verfassungsorgane wie Regierung, Parlament und Gerichte geschaffen, sondern den Deutschen eine Vielzahl von Möglichkeiten gegeben, ihren politischen Absichten genügend Gewicht zu verleihen. Die zahllosen Bürgerinitiativen und Kundgebungen sind ein beredtes Beispiel für die Lebendigkeit unserer Demokratie. Ersetzen können die gültige Willensbildung in den Parlamenten weder Manifestationen noch Lobby-Vereine, seien sie auch noch so lautstark und allgegenwärtig. Das gilt auf Bundesebene bis hinunter in unsere Volksvertretung im Bezirk.

Wer solches fordert oder erwartet, wer unter dem Vorwand des Umwelt- oder Klimaschutzes freie Menschen nötigt, etwas zu tun oder zu unterlassen, kann sich nicht auf das Grundgesetz berufen, sondern handelt in glatter Anmaßung. Viele tun das möglicherweise in guter Absicht und mit fester Überzeugung, daß es gelte, alles auf eine Karte zu setzen. Sogar vom Überlebenskampf ist wieder die Rede – diesmal nicht eines Volkes, sondern „unseres Planeten.“

Kaum einer der Heranwachsenden, die uns jetzt mit ultimativen Forderungen überziehen, auf moderne Technik zu verzichten, dürfte sich über die Konsequenzen im Klaren sein. Nicht nur Transportmittel wären davon betroffen, sondern auch das bequeme Heim und Krankenhäuser. Ein moderne Gesellschaft nach den Vorgaben der Panikmacher würde kaum mehr funktionieren. Es ist gut, wenn Regierende sich des Problems bewußt sind und für Lösungen eintreten. Die wirren Untergangsszenarien verwöhnter Halbwüchsiger sind das Gegenteil von Politik. Wollen wir denn wirklich so leben wie in Nordkorea? Da ist die Kohlendioxidemission am geringsten.

Ihr Martinus A. Schmidt

Kultur-Stadtrat Frank Mückisch lud zu einer Feierstunde: „75 Jahre Zeugnis für Humanität“

Bezirk ehrte die Helden des 20. Juli

Steglitz-Zehlendorf. Den Widerstandskämpfern des 20. Juli galt eine Gedenkfeier, zu der Kulturstadtrat Frank Mückisch zum 75. Jahrestag des gescheiterten Staatsstreichs geladen hatte. In Nikolassee und Lichterfelde gedachte der Bezirk der zwei Hauptprotagonisten des militärischen Widerstands gegen das NS-Regime. „Stellvertretend für alle, die am Widerstand des 20. Juli beteiligt waren“, sollte dabei an Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg (damals Tristanstraße 8-10) und an Generaloberst Ludwig Beck (damals Goethestraße 24) erinnert werden.

Noch Jahrzehnte nach dem Attentat waren die mutigen Verschwörer von vielen Deutschen als Verräter verunglimpft worden, auch nachdem Bundespräsident Theodor Heuss in einer Rede zehn Jahre nach dem 20. Juli 1944 ihre edlen Motive gewürdigt hatte. René Rögner-Francke, Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung, betonte in seiner Einführungsansprache, wie wichtig eine „dezentrale Erinnerung“ im Zusammenhang mit dem 20. Juli sei. Die auf dem Gebiet von Steglitz-Zehlendorf wirkenden Männer und Frauen des Widerstands hätten hier ihre Wohnorte und Gesprächskreise gehabt.

Die Widerstandsbewegung sei „kein monolithischer Block“ gewesen, so Rögner-Francke, sondern habe höchst unterschiedliche Auffassungen vereinigt. Einig war man sich darin, den Diktator zu beseitigen. Er gab zu bedenken, daß das Für und Wider des Tyrannenmordes damals abgewogen wurde. Außerdem hätten auch Überlegungen eine Rolle gespielt, das Regime könne im Falle eines Scheiterns Rache an den Familien üben. Die Akteure des 20. Juli, so der Vorsteher, seien sich stets der Gefahr bewußt gewesen, daß der Tag des Umsturzversuchs der letzte Tag ihres Lebens sein könne.

Stauffenberg: „Mann von großer Liebenswürdigkeit“

Elisabeth Heidötting-Shah von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zeichnete die Vorgeschichte der Ereignisse des 20. Juli nach, berichtete über die weltanschauliche Vielfalt der zum Widerstand entschlossenen Gruppierungen und zählte die Treffpunkte im Berli-



▲ Die Gedenkveranstaltungen für die Männer des 20. Juli begannen vorm Wohnhaus Stauffenbergs in der Tristan-Straße. ◀ Eine Tafel in der Lichterfelder Goethestraße erinnert an Ludwig Beck, wo Kulturstadtrat Frank Mückisch den Mut der Widerstandskämpfer lobte. ▼

Fotos: Christian Urlaub



ner Südwesten auf, an denen Vertreter des zivilen und militärischen Widerstands sich begegneten. Vor dem ehemaligen Wohnhaus Stauffenbergs in der Tristanstraße ließ Heidötting-Shah jenen 20. Juli 1944 im Leben des Obersts nochmals Revue passieren. Frühmorgens habe er das Haus verlassen und sich zum Flughafen Rangsdorf im Süden Berlins begeben, um von dort aus zur Wolfsschanze in Ostpreußen zu fliegen.

„Er war entschlossen, an diesem Tag Hitler zu töten“, faßte sie seine Motivation zusammen. Freunden zufolge sei Stauffenberg ein „Mann von großer Liebenswürdig-

keit“ gewesen, „dessen große Stärke es war, Vertrauen zu schaffen“. Er war beunruhigt über den Rücktritt des Generalstabschefs Ludwig Beck und das Judenprogramm im Jahre 1938. Als „Motor der Verschwörung“ nahm er eine herausragende und zentrale Rolle ein. Berichte über den Massenmord an den Juden, die schlechte Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen bis hin zu Morden durch Soldaten der Wehrmacht, die brutale Behandlung der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten und das sinnlose Sterben der eigenen Soldaten – all das habe, so die Rednerin, für den Sinneswandel Graf Stauffenbergs

und dessen zunehmende Entfremdung vom NS-Regime gesorgt.

Beck: Schon 1937 vom Diktator abgewandt

Ludwig Beck hatte nach ihren Worten zunächst Sympathien für Hitlers Machtübernahme, sich aber spätestens ab Ende 1937 unter dem Eindruck der Kriegspläne vom Diktator abgewandt. Von Anfang an seien ihm „Lebensraum-Visionen“ fremd gewesen. In einer überlieferten Denkschrift warnte Beck schon 1938 vor dem „finis Germaniae“ durch einen neuen Weltkrieg. Vertreter des militärischen und zivilen Widerstands

hätten sich bei einer ihrer Zusammenkünfte bei den „Kreisauern“ in der Hortensienstraße (Lichterfelde) auf Ludwig Beck als künftiges Staatsoberhaupt geeinigt. Zur Untermauerung ihrer Appelle gegen Nationalismus zitierte die Referentin aus der Regierungserklärung vom Sommer 1944 aus der Feder des designierten Staatsoberhauptes Ludwig Beck und des als Kanzler vorgesehenen Carl Friedrich Goerdeler: „Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts“.

Der Einladung zum Gedenken waren auch die Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses, Cornelia Seibeld (CDU), Oberstleutnant d.R. Dr. Sebastian Söllner von der Reservistenkameradschaft 15 „Julius Leber“ sowie Bezirkspolitiker gefolgt. Vor der Tristanstraße 8-10 machte Frank Mückisch auf die Gedenktafel aufmerksam, die am 15. November 1982, anlässlich des 75. Geburtstags Stauffenbergs, enthüllt worden war: „Er starb im Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft.“ Dann leitete der Stadtrat zum aktuellen Anlaß der Feierstunde über: „Nach 1982 steht heute erneut die 75 im Raum.“ Steglitz-Zehlendorf wolle denjenigen Anerkennung zollen, „die sich unter Einsatz ihres Lebens für ein besseres Deutschland einsetzten.“ Sowohl Stauffenberg als auch Beck waren noch am Abend des 20. Juli 1944 erschossen worden. In den neun Monaten danach wurden Hunderte von Menschen, die das NS-Regime als Mitverschwörer verdächtigte, verhaftet, gefoltert, ermordet oder nach Schauprozessen vor dem sogenannten „Volksgerichtshof“ hingerichtet.

Die Bewertung der Ereignisse des 20. Juli 44 hat sich inzwischen grundlegend geändert. BVV-Vorsteher Rögner-Francke brachte es in aller Deutlichkeit auf den Punkt: „Sie haben es gewagt. Es waren keine Verräter, es sind Helden“. Die Bereitschaft von Stauffenberg und Beck, den Tyrannenmord trotz ethischer Bedenken zu riskieren, verdiene Würdigung nicht nur an Jahrestagen. Dazu trügen die feierlichen Gelöbnisse und Gedenkveranstaltungen zum 20. Juli ebenso bei wie die Erinnerungsarbeit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.“ Weitere Informationen dazu auf www.gdw-berlin.de.

IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf,
Kirchstraße 1-3, 14163 Berlin,
Tel.: (030) 90 299-53 10,
E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de

V.i.S.d.P.: Torsten Hippe
Redaktion: Martinus Araújo Schmidt

Verlag: Berliner Wochenblatt Verlag GmbH,
Wilhelmstraße 139, 10963 Berlin,
Tel.: (030) 887 277 100

Druck: Axel Springer SE, Druckhaus Spandau
Auflage: 135.970 Exemplare

Weitere Informationen erhalten Sie auch im Internet auf www.cdu-bvv-sz.de



Haben Sie Anliegen, Beschwerden oder Sorgen? Wir kümmern uns darum!

Wenden Sie sich an Fraktionsvorsitzenden Torsten Hippe:
☎ 902 99 53 10, Fax- 61 10,
E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de

Stauffenberg-Vertrauter lebte an der Niklasstraße

Cäsar von Hofacker angemessen würdigen

Zehlendorf. Der Widerstandskämpfer Cäsar von Hofacker soll nach einem Beschluß der CDU-Fraktion 75 Jahre nach seinem Tode gewürdigt werden.

Für den damaligen Oberstleutnant der Luftwaffe, der den Umsturz am 20. Juli 44 in Paris organisierte und die dortige SS-Führung gefangen setzen ließ, möge der Bezirk an seinem früheren Wohnort in der Niklasstraße 12 eine „ange-

messene Würdigung“ vollziehen, heißt es im Antrag des Bezirksverordneten Clemens Escher.

Hofacker war ein Vetter Stauffenbergs und promovierter Jurist. Er stellte die Verbindung zwischen den Gruppen der militärischen Opposition in Paris und Berlin her. Nach dem 20. Juli 1944 wurde Hofacker in Paris verhaftet. Die Nationalsozialisten betrachteten ihn als „Kopf des Putsches“

in Frankreich, so der CDU-Politiker und Historiker. Am 30. August 1944 wurde Hofacker zum Tode verurteilt. Vor dem Volksgerichtshof hatte von Hofacker seine Überzeugung mutig und vorbehaltlos vertreten: „Sie schweigen jetzt, Herr Freisler! Denn heute geht es um meinen Kopf. In einem Jahr geht es um Ihren Kopf!“. Am 20. Dezember 1944 wurde Hofacker in Berlin-Plötzensee ermordet.

Bezirksverordneter Dr. Clemens Escher

Alliiertenmuseum soll bleiben

Steglitz-Zehlendorf. Das Alliierten-Museum an der Clayallee soll nach Vorstellungen der CDU-Fraktion in Dahlem bleiben.

So wird das Bezirksamt in einem Antrag des Bezirksverordneten Clemens Escher ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, den Beschluß des Umzugs der Einrichtung nach Tempelhof zurückzunehmen. Bereits 2012 wurde der Beschluss gefasst, das Alliiertenmuseum von Dahlem nach Tempelhof ziehen zu lassen. Auf dem ehemaligen Flughafengelände sollte es danach im Hangar 7 wieder aufgebaut werden. Die

Haben Sie weitere Anregungen? Sie erreichen Dr. Clemens Escher per E-Mail an Clemens.Escher@cdu-bvv-sz.de



Übergabe sollte, so Escher, eigentlich schon längst erfolgt sein: „Die Sanierung des Hangars in Tempelhof wird jedoch deutlich teurer werden als geplant. Die beste Lösung für die Steuerzahler und unseren Bezirk wäre es, das Alliiertenmuseum an der Clayallee zu belassen“, betont Escher.

Buschgraben-GS weiter zweizügig

Zehlendorf. Die Grundschule am Buschgraben soll nach Auffassung der Bezirksverordnetenversammlung langfristig zweizügig bleiben. Das beschlossen die Bezirksverordneten auf ihrer Septembersitzung auf Antrag des CDU-Verordneten Clemens Escher und der Grünen-Fraktion. Das Bezirksamt wird demnach aufgefordert, „sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, sowohl das digitale wie auch das sprachliche Profil der Schule zu stärken“. Zudem solle das Bezirksamt die bisherigen Turnhalenzeiten für die Schule erhalten.

Bezirksverordneter Harald Mier

Sauberere Schulen durch Festangestellte

Steglitz-Zehlendorf. Fest angestelltes Personal könnte nach Ansicht des Bezirksverordneten Harald Mier die Schulgebäude wirksamer sauberhalten als Reinigungskräfte privater Firmen, die seit gut 20 Jahren in Berliner Schulen für Sauberkeit sorgen.

Seitdem hätten die Bieterfirmen sich preiskampfmäßig unterboten, ohne daß oft die gewünschte Reinigung erfolgt sei. In einigen Bezirken, so Mier, gibt es bereits Überlegungen, die Schulreinigung wieder durch fest angestelltes Reinigungspersonal durchführen zu lassen. Mier: „Bei der Reinigung könnte der Bezirk eine Vorreiterrolle einnehmen und der Bevölkerung das klare Signal senden: Die Sauberkeit in unseren Schulen ist uns wichtig.“ Bisher würden Steglitz-Zehlendorfer Schulen ausschließlich durch private Firmen gereinigt. „Fest angestelltes Personal hat eine ganz andere Bindung und Verantwortlichkeit in Bezug auf ihre Einsatzschule“, so der langjährige Schulleiter.

Auch bei der Digitalisierung der Schulen könne der Bezirk eine wichtige Rolle spielen. Die zuständige Senatsverwaltung stelle den Bezirken die finanziellen Mittel zur Verfügung. „Die Digitalisierung ist eine äußere Schulangelegenheit, dafür sind unabhängig von der Finanzierung die Bezirke zuständig“, so Mier. Im Rahmen der Umsetzung des Digitalpaktes habe der Bezirk dafür Sorge zu tragen, daß alle öffentlichen Schulen ein leistungsfähiges WLAN-Netz bekommen, und zwar mit klarer Terminierung, zumindest verlässlichen Planungsdaten. Darauf warteten die Schulen. Zudem bedürfe es eines ständigen IT-Ansprechpartners für die Schulen im Schulumfeld, der die Umsetzung des Digitalpaktes steuert und im engen Austausch mit den Schulen stehe. Dafür sollte die vom Senat finanzierte IT-Betreuung der Einzelschule vom Bezirksamt derart aufgestockt werden, daß in Abhängigkeit von der Schulgröße und Schulart mindestens eine zwei- bis dreitägige Betreuung gesichert ist. Die Lehrkräfte seien dafür nicht zuständig, da sie dringend für die Unterrichtstätigkeit gebraucht würden.



Vor etwa 20 Jahren hat Berlin die Reinigung seiner Schulen an private Firmen übertragen. Dass das ein Fehler war, meint nicht nur der Bezirksverordnete Harald Mier. Foto: ChapadoFoto, Adobe Stock

Setzen Kitas den Betreuungsschlüssel um?

Steglitz-Zehlendorf. Ist der bessere Betreuungsschlüssel der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie für Kindertagesstätten in den öffentlichen Kindertagesstätten in Steglitz Zehlendorf schon wirksam? Das möchte der parteilose Bezirksverordnete Harald Mier vom Bezirksamt wissen.

Die für Kindertagesstätten zuständige Senatsverwaltung hatte die Kinderzahl auf 3,75 pro Erzieher (für Kinder bis zu zwei Jahren) und für Zwei- bis Dreijährige auf 4,75 Kinder verbessert.

„Werden die Mehrkosten für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels ganz oder nur anteilig oder gar nicht vom Land getragen?“, will Mier wissen. Zudem fragt er nach dem personellen Mehrbedarf aufgrund dieser Veränderungen und danach, ob der Schlüssel für die vier- bis sechsjährigen Kinder unverändert blieb.

Sie erreichen Harald Mier unter ☎ 0171 / 953 67 05 sowie per E-Mail an harald.mier@arcor.de



Bezirksverordneter Ralf Fröhlich



Dem Spielplatz an der Schönower Straße fehlt ein Zauntor, damit Kinder nicht einfach auf die Straße laufen. Foto: M. A. Schmidt

Den Spielplatz an der Schönower Straße sichern

Zehlendorf. Der Spielplatz an der Schönower Straße soll nach dem Willen der CDU-Fraktion kindersicher werden.

Sie erreichen Ralf Fröhlich unter ☎ 0179 / 537 93 63 oder per E-Mail an fruehlich-ralf@gmx.de.



Dazu soll das Bezirksamt die Einzäunung so verändern, daß Kinder nicht unbemerkt auf die Straße gelangen, lautet ein Antrag des Bezirksverordneten Ralf Fröhlich. Der Spielplatz gegenüber dem Droste-Hülsoff-Gymnasium in Zehlendorf liegt an einer dicht befahrenen Straße mit Durchgangsverkehr. „Unmittelbar am Spielplatz befinden sich Anfang und Ende der die Straßenseite wechselnden Parkspuren“, heißt es in der Begründung Fröh-

lichs. Es entsteht unübersichtlicher Begegnungsverkehr, der die Konzentration herausfordere. Immer wieder beführen Fahrzeuge auf der engen Straße die Gehwege, was auch durch Beschädigungen der Gehwege sichtbar sei. „Eltern beklagen“, so der Bezirksverordnete, „daß Kinder unbemerkt vom Spielplatz auf die Straße und somit in Gefahr gelangen können.“

X10-Bus soll am Brücke-Museum halten

Dahlem. Der Bus X10 auf der Clayallee soll nach dem Willen der CDU-Fraktion künftig auch an der Pücklerstraße unweit des Brücke-Museums halten. Das Bezirksamt werde ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, daß der X10-Expressbus auch an der Pücklerstraße halte, heißt es in einem

entsprechenden Antrag des Bezirksverordneten Ralf Fröhlich. Zudem solle geprüft werden, ob die Bushaltestelle in „Brücke-Museum“ umbenannt werden kann. Nach Ansicht von Fröhlich würden durch den zusätzlichen Haltepunkt an der Pücklerstraße mehr Bürger auf das Brücke-Museum aufmerksam.

Bezirksverordnete Dr. Claudia Wein

Mehr Pflegekräfte durch erweiterte Wannsee-Schule

Wannsee. Die Wannsee-Schule am Heckeshorn sollte nach dem Willen der CDU-Fraktion schleunigst erweitert werden.

Sie erreichen Dr. Claudia Wein per E-Mail an dr.claudia.wein@googlemail.com



In einem Antrag der Bezirksverordneten Claudia Wein wird das Bezirksamt ersucht, sich bei den zuständigen Stellen für eine rasche Erweiterung der Wannsee-Schule zu verwenden. Dabei geht es nach Weins Worten um die Flächenerweiterung, die nötigen Sachmittel und die erforderliche Personalaufstockung.

Die Wannseeschule komme dem dringend benötigten Bedarf an mehr Pflegekräften und weiteren Fachkräften im Gesundheitswesen über eine sehr gute Ausbil-

dung nach, so die Ärztin und CDU-Politikerin. Dafür sollen im Jahr 2020 zu den vorhandenen 260 Ausbildungsplätzen weitere 60 hinzukommen, im Jahr 2021 noch einmal 40 Plätze. Weiterer Kapazitätsaufbau sei in Planung, sagt Wein. Dafür sind nach ihren Angaben in der Wannseeschule dringend mehr geeignete Schulflächen, mehr Schulräume mit Ausstattung einschließlich digitaler Strukturen und mehr Personal erforderlich.

Wenn Zehnjährige Verantwortung übernehmen



Gösta Köhler (li) und Lutz Klemke vom Polizeiabschnitt 43 begrüßen die neuen Schulpaten mit ihrer Schulleiterin. Foto: M. A. Schmidt

Schulwegpaten statt Elterntaxis

Zehlendorf. Ausgerechnet an dem Morgen, da die Polizei an der Schule ist, fährt ein offenbar mit den hiesigen Gepflogenheiten nicht so vertrauter Vater mit seinem großen Mercedes direkt auf den Hof bis vor die Schultür, um sein Kind dort abzusetzen.

Diese und ähnliche Situationen stellen nicht nur die Grundschule am Buschgraben vor Herausforderungen und sind einer der Gründe, warum Schulleiterin Borika van Dorp Wert darauf legt, daß ihre Schulkinder die letzten 250 Meter zu Fuß gehen.

Für diese Lage bildet die Buschgraben-Grundschule seit 2006 Schüler der 5. und 6. Klasse als Schulwegpaten aus. Insgesamt 14 Neun- bis Elfjährige haben jetzt die zweiwöchige Unterwei-

sung mit Erfolg abgeschlossen. Die Schulwegpaten für die mehr als 200 „Buschgraben“-Kinder sind an ihren leuchtenden Westen gut zu erkennen und geleiten ihre Schulkameraden vor Unterrichtsbeginn über die Straße.

Instrukteur der kleinen Verkehrshelfer ist Polizeihauptkommissar Lutz Klemke, Verkehrssicherheitsberater des zuständigen Polizeiabschnitts 43. Seit 15 Jahren kooperiert die „Buschgraben“ mit der Polizei, und genauso lange ist Klemke ein gern gesehener Besucher an der Schule, dessen Rat gefragt ist und der das Vertrauen von Schülern und Lehrern genießt. „Kinder sind verlässlicher als Eltern“, lobt Klemke, der auch Verkehrsunterricht gibt und die Radfahrprüfungen abhält, seine Schüler. Zweimal, dreimal wöchentlich treten die

Schulwegpaten in Aktion. Der elfjährige Andreas und die neunjährige Lisa sind zwei von ihnen. Sie haben sich freiwillig für diese Aufgabe gemeldet und sind stolz auf ihr Tun, obwohl, wie Lisa sagt, sie an den Tagen früher aufstehen muß.

Zehn Partnerschaften mit Schulen im Bezirk

Dabei müssen Kinder den Umgang mit Gefahren im Straßenverkehr erst lernen: Wie schnell ist ein Kraftfahrzeug? Wo überquere ich sicher die Straße? Was muss ich beachten, um über eine Straßeneinmündung zu laufen? Wie werde ich auch im Dunkeln gut gesehen? Wie lange brauche ich, um über den Zebrastreifen zu kommen?

Nach Auskunft von Abschnittsleiter Gösta Köhler gibt es 29 Schu-

len in seinem Polizei-Abschnitt 43. Mit zehn von ihnen wie der Grundschule Am Buschgraben gibt es seit geraumer Zeit eine Partnerschaft, zu der neben Verkehrsunterricht auch Kriminalitätsprävention gehört. So lernen die Schulkinder die Polizei als Freund und Helfer sowie verlässlichen Ansprechpartner kennen, versichert Gösta Köhler.

Als Belohnung werden die Schulpaten-Kinder jetzt von den Berliner Schaustellern eingeladen, berichtet Rektorin van Dorp. Ihre Buschgraben-Grundschule kann als Pionier für Bewegungsförderung gelten. Auch zu den Schülerlotsen der Bezirks-Partnerstadt Brøndby gibt es Kontakte, und die Aktion „Zu Fuß zur Schule“ hat sogar Anhänger in England und Italien gefunden.

Mitsänger gesucht

Neuer Kinderchor in der Leo-Borchard-Musikschule

Zehlendorf. Seit Beginn des neuen Schuljahres verstärkt Claudia Jennings das Kollegium der Leo-Borchard-Musikschule als festangestellte Lehrkraft für Chorleitung und musikalische Grundausbildung. Für Kinder ab neun Jahren startet Jennings vom Oktober an den „Ara-Kinderchor“ in der Zinnowald-Grundschule, Wilkskistraße 78, in Zehlendorf. Junge Sängerinnen und Sänger erhalten so chorische Stimmbildung und erlernen die Grundlagen der Musiklehre durch gemeinsames Singen. Gepröbt werden soll dienstags von 16 Uhr bis 17.30 Uhr. Anmeldung per E-Mail an mfe@ba-sz.berlin.de oder unter ☎ 90 299-64 94.

Schlachtensee

Erfolgreicher Bürgerdialog

Nikolassee/Zehlendorf. Der Ruf nach unzweideutigen Regeln bestimmte den Bürgerdialog, den Anwohner des Schlachtensees jüngst mit Kommunalpolitikern in der Johanneskirche führten. Wichtigste Forderungen waren nach Auskunft der CDU-Bezirksverordneten Marena Bone-Winkel die nach mehr Kontrollen durch das Ordnungsamt und nach Begrenzung von Steh-Paddlern auf dem Gewässer. Das von der Arbeitsgemeinschaft Grunewaldseen-Kette veranstaltete Forum war nach Ansicht der CDU-Politikerin vom Konsens geprägt. Bittere Auseinandersetzungen wie vor vier Jahren über Hunde wolle keiner mehr. „Wichtigste Botschaft: Es lohnt sich, in diesem Stadtteil zu leben“, so Bone-Winkel. Um Streit zu vermeiden, brauche es Hinweistafeln mit eindeutigen, nachlesbaren Regeln.

Verdiente Mitbürger mit Bezirksmedaille geehrt

Dank für jahrzehntelanges Engagement

Steglitz-Zehlendorf. Der Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung, René Rögner-Francke, hat jetzt im Gutshaus Steglitz fünf Steglitz-Zehlendorfer für ihre besonderen Verdienste um ihre Mitbürger mit der Bezirksmedaille der BVV ausgezeichnet.

Die fünf ehrenamtlich Tätigen wurden aus einer Reihe von Vorschlägen ausgewählt, die aus der Bevölkerung eingegangen waren. Eine von ihnen ist Elke Brumm. Die 48-Jährige leitet seit mehr als 30 Jahren dieheatergruppe „Schattenlichter“, die einst aus einer Konfirmandengruppe der Pauluskirchengemeinde entstanden ist.

Die anderen jetzt von René Rögner-Francke Ausgezeichneten sind Schwester Christiane Kothe, die seit zehn Jahren pflegebedürftige Menschen im Seniorenhaus am Rhumeweg betreut. Ralf-Jürgen Krüger engagiert sich seit 20 Jahren als Vorsitzender des Be-



Elke Brumm (rechts) leitet seit 1988 das Zehlendorfer Theater „Schattenlichter“. Dafür erhielt sie jetzt mit vier weiteren engagierten Steglitz-Zehlendorfern die Bezirksmedaille. Foto: M. A. Schmidt

zirksverbands für die Belange der Steglitzer Kleingärtner. Gabriele Schuster bewahrt als Vorsitzende des Heimatvereins Steglitz seit zehn Jahren das historische Erbe von Steglitz. Und Herbert Szukal-

sky ist seit nunmehr knapp 50 Jahren ehrenamtlich beim Deutschen Roten Kreuz tätig. Unter anderem betätigt er sich als Sanitäter, Erste-Hilfe-Ausbilder und als Fahrer des DRK-Wärmebusses.

Kohlenkeller erinnert an die Nachkriegszeit

„Gehungert haben wir nicht“

Zehlendorf. Der Architekt und frühere Kommunalpolitiker Walther Grunwald liest am Freitag, 11. Oktober, um 20 Uhr im Kohlenkeller am Mexikoplatz, Sven-Hedin-Straße 5, aus seinen Erinnerungen an die Nachkriegszeit.

Der Vater ist in Kriegsgefangenschaft, die Mutter hamstert, um ihre vier Kinder durchzubringen. Der Autor stützt sich auf Familienerinnerungen und ergänzt sie durch Auszüge aus Zeitungen und Mitteilungen der Besatzungsmächte. Und er beschreibt, wie der Schwarzmarkt – mehr noch als die Luftbrücke – das Überleben der West-Berliner sicherte. So liefert das Buch wichtige Erkenntnisse zur Berliner Zeitgeschichte. Walther Grunwald, geboren 1938 in Halle, war Mitte der 70er Jahre Mitbegründer der „Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger“ in Zehlendorf, die bis zur Fusion mit Steglitz in der BVV vertreten war. Der Eintritt zur Lesung kostet sechs, ermäßigt vier

Euro. Weitere Infos und Anmeldung unter www.kohlenkeller-mexikoplatz.de/events/ oder telefonisch unter ☎ 55 57 32 83.



Das Buch „Gehungert haben wir nicht“ von Walther Grunwald ist im Juni dieses Jahres im Verlag Edition Braus erschienen. ISBN: 3862281906